

aktuell

3.471 | August / September 2024

WWW.OEGB.AT

[@oegb_at](https://www.instagram.com/oegb_at)

[/oegb.at](https://www.facebook.com/oegb.at)

[@oegb.at](https://www.youtube.com/OEGBOnline)

[/OEGBOnline](https://www.youtube.com/OEGBOnline)

Geh
wählen!
29.9.24

**GUTE WAHL,
GUTES LEBEN!**

Nationalratswahl 2024 Welche Partei steht auf deiner Seite?

Der ÖGB-Faktencheck für eine
gute Wahl am 29. September

Wer setzt sich für deine Interessen und die deiner Kolleginnen und Kollegen ein? Wir haben die wahlwerbenden Parteien zu den Forderungen der Gewerkschaften befragt.

ÖGB

GUTE WAHL, GUTES LEBEN!

Geh wählen!
29.9.

Am 29. September ist es für Arbeitnehmer:innen wichtig, eine gute Wahl zu treffen.

An diesem Tag wählt Österreich einen neuen Nationalrat. Viele Gesetze, die der Nationalrat beschließt, betreffen Arbeitnehmer:innen direkt – ob es um die Arbeitszeit geht, ums Pensionsantrittsalter oder um die Sicherheit am Arbeitsplatz. Und auch, ob jemand für die Ver- oder Behinderung von Betriebsratswahlen härter bestraft werden soll, wie es der ÖGB fordert, wird im Nationalrat entschieden.

Damit die Wahl leichter fällt, haben wir die Parteien gefragt, wer unsere gewerkschaftlichen Forderungen unterstützt und damit auch die Interessen der Arbeitnehmer:innen vertritt. Befragt wurden all jene Parteien, deren Antreten zur Nationalratswahl am Stichtag 4. Juli 2024 als sicher galt.



Auf gutewahl.oegb.at findest du alle Antworten auf unsere 50 Fragen an die Parteien und siehst, wer auf deiner Seite steht.

Mehr Freizeit

Forderung: Arbeitszeitverkürzung

Immer mehr Beschäftigte wünschen sich endlich kürzere Arbeitszeiten. Nicht nur weil die letzte Arbeitszeitverkürzung mehr als 40 Jahre her ist, sondern weil sie viele Vorteile mit sich bringt. **Kürzere Tages- und Wochenarbeitszeiten machen uns gesünder und zufriedener. Arbeitnehmer:innen sind weniger erschöpft und Krankenstände nehmen ab.** Außerdem bringen sie mehr Zeit für Familie und Freundschaften und das steigert unsere Zufriedenheit und Lebensqualität. Und auch Unternehmen profitieren von kürzeren Arbeitszeiten – durch gesündere und zufriedenere Mitarbeiter:innen und dadurch, dass sie leichter Arbeitskräfte finden.

Ist Ihre Partei für die Verkürzung der Normalarbeitszeit im Arbeitszeitrecht bei vollem Lohn- und Personalausgleich?

SPÖ, GRÜNE*, KPÖ*	ÖVP, FPÖ, NEOS	BIER*

Von den befragten Parteien unterstützen SPÖ, GRÜNE und KPÖ die ÖGB-Forderung nach einer gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. ÖVP, FPÖ und NEOS hingegen lehnen diese ab. BIER spricht sich nicht gegen kürzere Arbeitszeiten aus, will aber auch nicht, dass der Gesetzgeber diese vorschreibt.

Mehr Einkommen

Forderung: 2.000 € Mindestlohn/-gehalt

Miete, Lebensmittel, Gas, Strom – aufgrund der hohen Inflation der letzten Jahre ist alles teurer geworden. **Die Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung der Teuerung waren bei Weitem nicht ausreichend. Immens wichtig waren daher die guten Lohn- und Gehaltsabschlüsse der jüngsten Kollektivvertragsverhandlungen der Gewerkschaften.** „Denn in Krisenzeiten ist es besonders wichtig, die Kaufkraft der Menschen zu erhöhen und abzusichern – und zwar langfristig“, sagt ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian. Genau deshalb ist die Forderung nach einem kollektivvertraglichen Mindestlohn bzw. -gehalt von 2.000 Euro für eine Vollzeitstelle relevanter denn je.

Unterstützt Ihre Partei die Forderung nach einem kollektivvertraglichen Mindestlohn bzw. -gehalt von 2.000 Euro?

SPÖ, FPÖ, GRÜNE*, KPÖ*

ÖVP*, NEOS*, BIER*



Unterstützt wird die Forderung nach einem kollektivvertraglichen Mindestlohn bzw. -gehalt von 2.000 Euro von SPÖ, FPÖ, GRÜNEN und KPÖ. ÖVP, NEOS und BIER geben keine klare Antwort auf diese Frage.

* Erklärende Kommentare der Parteien findest du auf: gutewahl.oegb.at



JA



NEIN



KEINE ANGABE/
KEINE EINDEUTIGE ANTWORT

Mehr Gerechtigkeit

Forderung: Millionärssteuer

Die, die am meisten haben, tragen am wenigsten zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben für Gesundheitsversorgung, Bildung oder öffentliche Infrastruktur bei. Klingt ungerecht, ist es auch. **Während Arbeitnehmer:innen und Konsument:innen rund 80 Prozent des Steueraufkommens leisten, kommt aus vermögensbezogenen Steuern nur ein verschwindend geringer Beitrag von 1,5 Prozent. Dieses Ungleichgewicht könnte mit einer Millionärssteuer deutlich verbessert werden.** Sie würde je nach konkretem Modell vier bis fünf Milliarden Euro pro Jahr bringen und dadurch Investitionen in den Sozialstaat, die Bekämpfung der Klimakrise oder den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ermöglichen. Außerdem könnte eine gerechte Besteuerung der Reichsten zum Schließen der Schere zwischen Arm und Reich beitragen.

Ist Ihre Partei für die Einführung einer „Millionärssteuer“, also einer Vermögenssteuer auf Vermögen ab einer Million Euro?

SPÖ*, GRÜNE*, KPÖ*	ÖVP, FPÖ, NEOS*	BIER*
		

SPÖ, GRÜNE und KPÖ sprechen sich eindeutig für die Einführung einer Millionärssteuer aus. BIER will erst ein Modell ausarbeiten. ÖVP, FPÖ und NEOS sind klar dagegen.

Mehr Gleichberechtigung

Forderung: Recht auf leistbare Kinderbildung ab dem ersten Geburtstag

Bis zur vollen Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern ist es ein langer Weg. „Was aber definitiv dazu beitragen würde, wäre der Ausbau der Kinderbildungsplätze und ein Rechtsanspruch auf einen leistbaren Platz ab dem ersten Geburtstag“, fordert ÖGB-Vizepräsidentin und Bundesfrauenvorsitzende Korinna Schumann. **Denn Frauen müssen sich oft den Vorwurf anhören, dass sie, nachdem sie Kinder bekommen haben, zu lange zu Hause bleiben oder nur Teilzeit arbeiten.** Beides führt am Ende dazu, dass Frauen nach wie vor weniger Einkommen und später auch weniger Pension haben.

Unterstützt Ihre Partei die Forderung nach einem Rechtsanspruch auf einen leistbaren Kinderbildungsplatz ab dem ersten Geburtstag?

SPÖ*, GRÜNE*, NEOS*, KPÖ*, BIER	FPÖ	ÖVP*
		

Die einzige Partei, die unsere Forderung nach einem Rechtsanspruch auf einen leistbaren Kinderbildungsplatz ab dem ersten Geburtstag definitiv ablehnt, ist die FPÖ. Die ÖVP gibt keine eindeutige Antwort. SPÖ, GRÜNE, NEOS, KPÖ und BIER sprechen sich für die ÖGB-Forderung aus.

Mehr Pension

Forderung: Abschlagsfreie Pension nach 45 Arbeitsjahren

Mehr als die Hälfte des Lebens arbeiten und trotzdem nicht die volle Pension erhalten – das ist durch die Abschaffung der „Hacklerregelung Neu“ im Herbst 2020 wieder möglich. Der stattdessen eingeführte Frühstarterbonus federt die finanziellen Einbußen nicht ab, kritisieren die Gewerkschaften. ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian betont, **dass die abschlagsfreie Hacklerregelung auf jeden Fall ein leistbarer Beitrag wäre, der Gerechtigkeit für fleißig arbeitende Menschen in Österreich schafft.** Auch Frauen würden profitieren, denn nur jede zweite Arbeiterin gehe direkt aus dem Job in die Pension.

Soll die abschlagsfreie Pension nach 45 Arbeitsjahren inklusive bis zu 60 Monate der Kindererziehung sowie Zeiten des Präsenz- und Zivildienstes für alle Beschäftigte wiedereingeführt werden?

SPÖ, FPÖ, KPÖ	ÖVP*, NEOS*	GRÜNE*, BIER*
		

Unterstützt wird die ÖGB-Forderung nach einer abschlagsfreien Pension nach 45 Arbeitsjahren von SPÖ, FPÖ und KPÖ. ÖVP und NEOS sind dagegen, GRÜNE und BIER äußern sich nicht eindeutig dazu.

Mehr Sicherheit

Forderung: Arbeitsinspektorate aufstocken

Die Arbeitswelt wird gefährlicher: Eine neue Studie zeigt, dass körperliche und psychische Risiken am Arbeitsplatz in den vergangenen 30 Jahren zugenommen haben. Auch die Klimaerwärmung trägt dazu bei. Muskel- und Skeletterkrankungen, arbeitsbedingter Krebs und psychische Erkrankungen verursachen oft lange Krankenstände und hohe Kosten. **Und obwohl Arbeitgeber ihrer Fürsorgepflicht gegenüber den Beschäftigten nachkommen müssen, sind viele mit der Umsetzung der Schutzbedingungen im Rückstand.** Deshalb fordern wir die Aufstockung der Arbeitsinspektorate und verstärkte Kontrollen.

Soll zur Durchführung von verstärkten Kontrollen an Arbeitsplätzen, die durch die Klimakrise besonders betroffen sind, das Personal der Arbeitsinspektorate aufgestockt werden?

SPÖ, GRÜNE*, KPÖ, BIER	ÖVP, FPÖ	NEOS*
		

SPÖ, GRÜNE, KPÖ und BIER sind wie der ÖGB dafür, dass das Personal der Arbeitsinspektorate aufgestockt wird. ÖVP und FPÖ sind dagegen, NEOS geben keine klare Antwort.

Die Nationalratswahl findet am 29.9.2024 statt.

>100.000

Mehr als 100.000 Wahlhelfer:innen wickeln die Nationalratswahl ab und ermöglichen damit deine Teilhabe an der Demokratie.

>10.000

Mehr als 10.000 Wahllokale gibt es in ganz Österreich.

6,3 Mio.

Es gibt 6,3 Millionen Wahlberechtigte. Das sind alle österreichischen Staatsbürger:innen ab 16 Jahren.

FAKTEN
ZUR
WAHL

183

183 Abgeordnete sitzen im Nationalrat.

1.009.749

Bei der letzten Nationalratswahl (2019) haben 1.009.749 Personen mit einer Wahlkarte gewählt.

Wahlkarte beantragen!

Für 2024 gilt: Wahlkarte bis 25. September schriftlich beantragen!

Falls du am Wahltag voraussichtlich verhindert sein solltest, zum Beispiel weil du im Ausland bist, kannst du eine Wahlkarte beantragen – persönlich, schriftlich oder online.



Hier findest du alle Infos:

oegb.at/briefwahl2024

4 Gründe, warum Nichtwählen keine Option ist

- 1. Freie Wahlen und Demokratie** sind Errungenschaften, die wir nicht verspielen dürfen – allein deshalb ist es wichtig, wählen zu gehen.
2. Wer nicht hingeht, verschenkt nicht nur seine bzw. ihre Stimme, sondern macht es den Parteien auch leichter, zu Sitzen im Nationalrat zu kommen. Denn **je mehr Nichtwähler:innen es gibt, desto weniger absolute Stimmen braucht eine Partei**, um ein hohes prozentuales Wahlergebnis zu erreichen.
3. **Wer sichergehen will, dass eine bestimmte Partei nicht gewählt bzw. nicht zu stark wird**, fährt am besten damit, seine bzw. ihre Stimme für eine andere abzugeben – auch wenn man eventuell nicht in allen Punkten mit der gewählten Partei übereinstimmt.
4. Gehst du nicht wählen, bedeutet das, **dass andere darüber entscheiden, wer dich in Zukunft vertritt.**

Impressum

Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund;
Redaktion: Elisabeth Schwenter (CvD), Barbara Kasper; **Layout:** Mirella Karoly,
Medieninhaber und Hersteller: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/662 32 96-0, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at;
Verlagsort: Wien

Fotos: Cover © Krakenimages.com – stock.adobe.com, Icons © Graphic Stocks – stock.adobe.com, Rückseite © ifriday – stock.adobe.com

Zu bestellen unter Tel.: 01/534 44-39738,

Adressänderungen: Tel.: 01/534 44-39100,

E-Mail: service@oegb.at,

Mo bis Do: 8.00–15.00, **Fr:** 8.00–12.00 Uhr,

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25: www.oegb.at/offenlegung

Ein Ersuchen des Verlages an den:die Briefträger:in:

Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue bzw. richtige Anschrift mit:

Grund

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank!